

Die Welt | 06.10.12

15.300 britische Pfund für eine Rede

Während auf der Insel jeder Nebenverdienst deklariert wird, streiten deutsche Politiker über neue Modelle *Von Matthias Kamann*

Bundestagsabgeordnete müssen ihre Einkünfte pauschal in drei Stufen einteilen

In derselben Liga wie Peer Steinbrück spielt der frühere britische Finanzminister Alistair Darling. Er war von 2007 bis 2010 Schatzkanzler und somit zwei Jahre lang Amtskollege von Steinbrück. Wie dieser ist der 58-jährige Darling Sozialdemokrat (Labour-Mitglied), heutzutage Abgeordneter und ein so gefragter wie teurer Redner. 2011 erhielt Darling unter anderem 10.500 Pfund für einen Vortrag vor Bankern in London, 2012 dann 15.300 Pfund für eine Rede bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Grant Thornton. 2011 gab es insgesamt 60.000 Pfund für einen Buchvertrag.

Wo man das erfährt? Auf der Internet-Seite des britischen Unterhauses. Dort steht eine Liste mit den Nebeneinkünften aller Abgeordneten, seien es 25 Pfund für ein Artikelchen in der Lokalzeitung eines schottischen Wahlkreises oder jene 62.181,32 Pfund, die der frühere Premierminister Gordon Brown 2010 für eine Rede sowie Unterbringungskosten in Nigeria erhielt und zur Finanzierung seines Mitarbeiterstabes verwandte.

Seit 1974 sind die Parlamentarier der Insel verpflichtet, sämtliche Nebeneinkünfte zu veröffentlichen. Allerdings bewahrte dies das Königreich nicht vor herrlichen Skandalen, etwa um Entenhäuschen, die aus Abgeordnetenspesen auf privaten Teichen errichtet wurden.

Gleichwohl sind die britischen Regeln strenger als in Deutschland, wo die Abgeordneten nach einem Drei-Stufen-System zur Auskunft verpflichtet sind. Ihre Nebeneinkünfte, die nach Berechnungen der Gruppe Abgeordnetenwatch seit 2009 insgesamt mindestens 22,5 Millionen Euro betragen haben sollen, müssen die deutschen Abgeordneten nicht detailliert auflisten, sondern in drei Stufen aufteilen. Für Einkünfte von 1000 bis 3500 Euro gilt Stufe eins, Stufe zwei reicht bis 7000, Stufe drei beinhaltet alles darüber. Nach dieser Regel, die auf ein rot-grünes Gesetz von 2005 zurückgeht, müssen die gestuften Einkünfte einzeln und mit Nennung der Herkunft angegeben werden, allerdings nur, wenn sie mehr als 1000 Euro im Monat oder 10.000 Euro im Jahr betragen.

Derzeit diskutiert wird im Bundestag, mehr als drei Stufen einzuführen. Damit müssten immer noch nicht die konkreten Summen mitgeteilt werden, aber ein genauere Blick wäre möglich. Bei der Union sind sechs oder sieben Stufen im Gespräch, die erst im sechsstelligen Bereich enden. Die Grünen fordern ein Zehn-Stufen-Modell, mit dem man auch Einkünfte über 150.000 spezifizieren könnte. Zugleich lehnen es die Grünen ab, dass unten Bagatellgrenzen gelten, bei denen keine oder nur ganz pauschale Angaben gemacht werden müssten.

Die Linke plädiert für konkrete Zahlenangaben, die SPD bewegt sich zwischen Unions- und Grünen-Plänen. Doch gibt es in der SPD auch Forderungen, den ganzen Sektor viel strenger zu regulieren. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Roth regt eine Beschränkung an. "Jeder Arbeitnehmer muss sich vom Arbeitgeber eine Genehmigung für eine Nebentätigkeit erteilen lassen. Denkbar wäre dies auch für Abgeordnete", sagte Roth der "Welt". Der Generalsekretär der hessischen SPD plädiert auch für eine "interfraktionell zusammengesetzte Vertrauenskommission des Bundestages", die jeweils "grünes Licht für Nebentätigkeiten" geben könne. "Selbstverständlich müssten die Einkünfte exakt offengelegt und der jeweilige Auftraggeber genannt werden", sagte Roth. Dem dürfe sich Schwarz-Gelb nicht verweigern. Denn das derzeit gültige Regelwerk hätte sich "als komplett unbrauchbar erwiesen". Roth: "Wo es Klarheit und Vertrauen hätte schaffen sollen, wird Intransparenz und

Misstrauen genährt."

Dass dieses Thema unter Sozialdemokraten aber heikel ist, zeigt sich an Marco Bülow. Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus Dortmund wettet gern gegen Lobbyisten und verlangt Transparenz in allen Bereichen. Doch als es am Freitag um Nebeneinkünfte ging, schwieg er. Zu Steinbrücks Nebenjobs wollte sich Bülow auf Anfrage nicht äußern. Dabei hatte Bülow erst im März am Papier "Demokratie erneuern" mitgewirkt und es unterschrieben: "Keine Nebentätigkeiten von Abgeordneten" verlangte darin eine Gruppe von Parlamentariern. Auch der SPD-Abgeordnete Rolf Schwanitz setzte sich dafür ein. "Herr Schwanitz ist zu einem Gespräch nicht bereit", teilte sein Büro am Freitag mit. Auch die Unterzeichner Oliver Kaczmarek und Martin Schwanholz wollten nichts sagen. Doch sind die Deutschen nicht die Einzigen, die sich schwertun. Während es in den Niederlanden sehr transparent zugeht, müssen französische Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte gar nicht veröffentlichen, sondern nur vertraulich dem Ethikrat des Parlaments melden. Staatspräsident François Hollande hatte im Wahlkampf seine Vermögensverhältnisse offengelegt und später seine Minister verpflichtet, zumindest ihre finanziellen Beteiligungen und ihren Aktienbesitz zu deklarieren. Doch sehr aussagekräftig sind die Erklärungen der Minister nicht, da sie nur die Art der Beteiligungen benennen, nicht aber deren Höhe.

In den USA wiederum gibt es zwar strenge Regeln gegen Lobbyisten-Tätigkeiten früherer Kongressmitglieder, und Nebeneinkünfte müssen offengelegt werden. Doch sind diese Verdienste oft ausgesprochen üppig. Viele Politiker dort sind an Immobilienfonds beteiligt oder beziehen hohe Einkünfte aus Immobilien. Sehr viele Kongressmitglieder handeln regelmäßig mit Aktien – und dass sie dabei nach diversen Untersuchungen deutlich besser abschneiden als der Durchschnittsaktienkäufer, sorgt in den USA immer wieder für Debatten über den streng verbotenen Insiderhandel.

Mitarbeit: A. G.,salz,dfs